

Kurzfassung:

ZUKUNFTSPAKT *FÜR EINEN AUFBRUCH AUS DER KRISE*

DER GRÜNE ZUKUNFTSPAKT – FÜR EINEN AUFBRUCH AUS DER KRISE (KURZFASSUNG)

27. Mai 2020

Zu Beginn dieser Dekade stehen wir vor der vielleicht größten Herausforderung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Bewältigung dieser Krise und ihrer Folgekrisen wird noch Monate und Jahre dauern, weltweit Wirtschaftsprogramme in Billionenhöhe in Anspruch nehmen und in ganz neuem Maße Zusammenarbeit und Planung erfordern.

Die kommenden Monate stellen uns dabei vor eine Wahl: Schreiben wir die alte Politik, die alte Brüchigkeit, die alte Überbeanspruchung der Ressourcen, die alten Ungleichheiten fort, verstärken wir sie und schaffen damit neue? Oder treiben wir beherzt die nötigen Veränderungen voran und bauen Wirtschaft und Gesellschaft auf festen Grund? Wir sind überzeugt: Eine solche Krise braucht neue Antworten, nur ein Aufbruch führt nachhaltig aus der Krise.

Wir haben nicht nur die Corona-Krise zu bewältigen. Die anderen Krisen, allen voran die Klimakrise, schreiten unvermindert voran. Wenn wir die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens einhalten und die Klimakrise mit all ihren dramatischen Verwerfungen noch aufhalten wollen, dann sind die nächsten zehn Jahre dafür das entscheidende Jahrzehnt, das letzte Zeitfenster.

Wir brauchen deshalb Antworten auf Augenhöhe mit den Herausforderungen der Krisen. Unser Anspruch ist, dass wir öffentliches Geld strategisch für die Zukunft einsetzen. Für die anstehende Kraftanstrengung braucht es jetzt einen Zukunftspakt zwischen der Wirtschaft, den Gewerkschaften, und der Zivilgesellschaft.

Wir legen mit unserem Zukunftspakt einen Vorschlag vor, der die epidemiologischen mit den ökonomisch, sozial und ökologisch notwendigen Maßnahmen zusammenbringt.

Wir richten die Maßnahmen für den Aufbruch aus den Krisen deshalb an sechs **Leitbildern** aus:

- **Nachhaltiges Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen:** Eine klimaneutrale Wirtschaft, die die Grenzen unseres globalen Ökosystems achtet.
- **Ein nachhaltiges, neues, soziales Sicherheitsversprechen:** Eine doppelte Garantie von Absicherung und Institutionen für Chancengleichheit und Selbstbestimmung, die soziale Teilhabe ermöglicht, die soziale Ungleichheiten verringert und Gesundheitsschutz sichert.
- **Krisenfestigkeit und Resilienz:** Prävention und vorausschauende Krisenpolitik sind das Gebot der Stunde. Das heißt, Risiken ernster zu nehmen, indem wir unser Land rechtzeitig auf drohende Krisen vorbereiten und unsere Widerstandskraft als Gesellschaft stärken.

- **Innovation:** Die Förderung von Wissenschaft und Forschung, das Ermöglichen von Innovationen, um Transformation voranzutreiben, Krisen zu bewältigen, digitale Infrastrukturen und Kompetenzen zu stärken.
- **Gesellschaftliche Vielfalt stärken:** Da, wo mit öffentlichen Geldern geholfen wird, muss auch ein Mehr an Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt und Inklusion entstehen, insbesondere muss es darum gehen, die Belange der Kinder und Familien in den Vordergrund zu stellen – jetzt und bei allen nächsten Schritten.
- **Europäischer Zusammenhalt und multilaterale Zusammenarbeit:** Eine engere und solidarische europäische Zusammenarbeit, die Europa wieder stärkt und enger zusammenrückt. Es ist falsch, politisch und wirtschaftlich in den Nationalismus zurückzufallen. Aber die Globalisierung muss fairer und solidarischer gestaltet werden.

Diese Leitbilder sind unser Kompass für die folgenden Vorschläge, um Konjunktur- und Investitionsprogramme so auszurichten, dass sie nachhaltigen und gerecht verteilten Wohlstand, neue Beschäftigung und Klimaschutz voranbringen – hier und weltweit.

I. NACHHALTIGEN WOHLSTAND SCHAFFEN, BESCHÄFTIGUNG SICHERN, KLIMASCHUTZ VORANBRINGEN

Unser Zukunftspakt sorgt für nachhaltigen und gerecht verteilten Wohlstand, neue Beschäftigung und bringt den Klimaschutz voran.

Für den Aufbruch schlagen wir einen Dreiklang aus weiteren **Stabilisierungs- und Rettungsmaßnahmen**, einem **kurzfristigen Konjunkturprogramm** in einer Größenordnung von 100 Milliarden Euro und einem **Investitionsprogramm** in Höhe von 500 Milliarden Euro über die nächsten zehn Jahre vor.

Es kommt darauf an, dass alle Konjunktur- und Investitionsprogramme **zielgerichtet** (keine Gießkanne, keine Hilfen ohne Gegenleistungen), **rechtzeitig, befristet** (keine dauerhaften Branchensubventionen oder Steuersenkungen) und **transformativ** sind. Es braucht vor allem Investitionen und Investitionsanreize, Forschungs- und Innovationsförderungen, soziale Hilfen während der Krise sowie Qualifizierungsmaßnahmen. Der European Green Deal, das Pariser Klimaabkommen und die nationalen Klimaschutzziele sowie die Internationalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) bilden dafür den Rahmen. Zudem braucht es **Messbarkeit** und klare **Kriterien**, die sich nicht allein am Bruttoinlandsprodukt orientieren, sondern an weiteren Indikatoren wie Natur, Gesundheit und sozialer Zusammenhalt („Jahreswohlstandsbericht“). Staatliche Hilfen an Unternehmen kann es nur geben, wenn ökologische, soziale und gleichstellungspolitische Kriterien erfüllt sind.

1. Eine verantwortliche und zielgerichtete Epidemiebekämpfung

Voraussetzung für wirtschaftliche Erholung ist die Pandemiebekämpfung (striktes und einheitliches **Testregime**, Ausbau der **Infrastrukturen** und des Personals zur **Kontaktverfolgung**, Aufbau einer europäischen **Pandemiewirtschaft**). Es braucht flexible, regional unterschiedliche und viel mehr kreative Lösungen, die wirtschaftliche Aktivität sowie öffentliches Leben ermöglichen.

2. Stabilisierungsmaßnahmen fortführen und verbessern

Einzelne Branchen werden noch sehr lange ihren Betrieb kaum oder nur unter großen Einschränkungen wieder aufnehmen können. Sie brauchen eine Verlängerung und Anpassung der **Direkthilfen**. Für Inhaber*innen kleiner Unternehmen sollen die Zuschüsse bis zu einem Maximalbetrag von 1.180 Euro monatlich zur Deckung des Lebensunterhalts genutzt werden können. Hilfen brauchen zudem die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft, für die wir einen **Kulturrettungsfonds** aufsetzen wollen. Wirksame Hilfe geben wir auch **Sozialunternehmen** wie **gemeinnützigen Unternehmen** und der **Tourismusbranche**. Auch der **ÖPNV** braucht einen eigenen Schutzschirm (Erhöhung Regionalisierungsmittel und Nutzung auch für den Betrieb).

3. Ein Investitions- und Transformationsprogramm für ein Jahrzehnt des Aufbruchs

Zur Bewältigung der Krisen muss ein **umfassendes sozial-ökologisches Investitions- und Transformationsprogramm** im Mittelpunkt stehen. Dieses fördert Investitionen in die wichtigen Zukunftsbereiche, stabilisiert die gesamtgesellschaftliche Nachfrage und bringt unsere Volkswirtschaft auf einen nachhaltigen, zukunftsfähigen Kurs.

Der Bund muss angesichts der bevorstehenden tiefen Wirtschafts- und Konjunkturkrise und der auch bereits vor der Pandemie bestehenden Aufgaben im Klimaschutz und der Digitalisierung ein verlässliches Versprechen abgeben: Die nächsten zehn Jahre werden **zum Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen**. Damit schaffen wir den Wohlstand von morgen. Wir schlagen einen überwiegend kreditfinanzierten **Investitionsfonds** des Bundes vor, der in den nächsten zehn Jahren insgesamt 500 Milliarden Euro für die Infrastrukturen der Zukunft bereitstellt. Angesichts der Klimakrise und des erheblichen Modernisierungs- und Transformationsbedarfs muss der **Klimaschutz die zentrale Säule** eines solchen Investitionspaketes sein. Dazu gehören Investitionen in die Energienetze und eine Infrastruktur für grünen Wasserstoff, Investitionen in die energetische Gebäudesanierung, in die Verkehrswende (von Rad-schnellwegen über die Bahn und den ÖPNV bis hin zur Elektro-Ladesäuleninfrastruktur), in die Agrarwende, in Naturschutz und vieles mehr. Weitere Schwerpunkte müssen die **Digitalisierung** (unter anderem Zugang zum schnellen und sicheren Breitbandinternet, sowie die flächendeckende Breitband-Mobilfunk-Versorgung), **Bildung** (die digitale Grundausstattung von Schulen kurzfristig auf ein völlig anderes Niveau bringen, Sanierungs- und Modernisierungstau auflösen, ein Aufholprogramm für Schulen in benachteiligten Regionen und Stadtteilen), Gesundheit (inklusive Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes) und **der soziale Wohnungsbau** sein.

Allein die Ankündigung eines solchen Investitionsprogramms mit verlässlich hohen Finanzzusagen in diesem Sommer schafft **Planungssicherheit** für Industrie, Mittelstand und kleine Unternehmen in der Krise. Es ist entscheidend, dass die Wirtschaftsakteure, gerade was zentrale Zukunftsinvestitionen angeht, nicht Sorge vor Sparprogrammen und einem gefährlichen Austeritätskurs nach der Krise haben müssen, sondern die Sicherheit haben, dass sie in ihren Investitionen unterstützt werden.

Voraussetzung ist, dass **Planungs- und Umsetzungsprozesse deutlich beschleunigt** werden. Wir wollen dafür mehr Planer*innen und Projektsteuernde einstellen, Genehmigungsbehörden aufstocken, eine Serviceagentur einrichten, die Kommunen bei Planungsaufgaben entlastet, und das Planungsrecht modernisieren.

Entscheidende weitere Bedingung für einen erfolgreichen Aufbruch aus der Krise ist die **Entlastung der Kommunen** als größter öffentlicher Investor. Dazu braucht es schnelle, kurzfristige und zielgerichtete Hilfen (zum Beispiel Übernahme der krisenbedingten Kosten der Unterkunft). Ein nachhaltiger Plan erfordert darüber hinaus eine umgehende Lösung für die Problematik kommunaler Altschulden.

Um es den Unternehmen zu erleichtern, auch in der Krise zu investieren, schlagen wir vor, die **Abschreibungs- und Förderbedingungen zu verbessern** (Degressive Abschreibung für Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung, Ausdehnung des Verlustrücktrags). Durch die zeitliche Begrenzung wird ein Sog entstehen, geplante Investitionen schon jetzt zu realisieren.

4. Zukunftsbranchen fördern, ökologische Modernisierung der Industrie voranbringen

Der Aufbruch aus der Krise gelingt nur, wenn wir die Stärke des Industriestandortes erhalten und zugleich alle Hebel in Bewegung setzen, um die Industrie zukunftsfähig aufzustellen und durch Transformation zu sichern.

Beispiel: Erneuerbare Energien

- Umfassende **EEG-Reform** noch vor der Sommerpause: Anhebung der Ausbauziele und Erhöhung der Ausschreibungsmengen, Aufhebung des Photovoltaik-Deckels, Stärkung des erneuerbaren Eigenstromverbrauchs für Erneuerbare-Prosumer, Umsetzung eines kommunalen Beteiligungsmodells sowie Beseitigung rechtlicher und steuerlicher Hemmnisse für einen deutlichen Zubau an Mieterstrom.
- **Strompreise** für Bürger*innen und insbesondere mittelständische Unternehmen **senken**: Die EEG-Umlage ab dem 1. Juli 2020 um fünf Cent je Kilowattstunde reduzieren und damit auch die Sektorkopplung vorantreiben.

Beispiel: Autoindustrie

Wir sehen die Notwendigkeit **zielgerichteter Hilfen** für die Autoindustrie. Für uns ist dabei klar: Nur mit einer **langfristigen Transformationsstrategie** sind kurzfristige öffentliche Hilfen überhaupt begründbar. Deshalb braucht es einen Dreiklang:

- Markthochlauf sauberer Antriebe beschleunigen: Investitionsanreize, öffentliche Beschaffungsprogramme und zusätzliche Kaufanreize ausschließlich für klimafreundliche PKW (keine Förderung für fossile Verbrenner).
- Arbeitsplätze erhalten und Qualifizierung voranbringen: Qualifizierungs-Kurzarbeit für bis zu 36 Monate einführen.
- Klare Transformationsstrategie: Investitionen und Forschung unterstützen, die Ladesäuleninfrastruktur und Batteriezellenproduktion schnell voranbringen und Transformationshilfen für die Zuliefererindustrie. Ein ökologischer Rahmen für die Zeit nach der Rezession (Einführung eines Bonus-Malus-Systems in der Kfz-Steuer, Abbau umweltschädlicher Subventionen wie des Dieselprivilegs, Verschärfung der europäischen CO₂-Flottengrenzwerte im Rahmen des Green Deal) sorgt für Planungssicherheit und Innovationsdynamik.

5. Neue Chancen für Selbstständige, Gründer und Start-ups

Die Pandemie trifft viele Selbstständige und kleine Unternehmen schwer. Für die Zukunftsaufgaben ist eine dynamische, innovative Wirtschaft jedoch unverzichtbar. Darum schlagen wir vor, mit einer schnelleren **Entschuldung** zweite Chancen zu ermöglichen und den Neuanfang zu erleichtern. Die Frist für eine Restschuldbefreiung wollen wir auf drei Jahre statt aktuell sechs Jahre verkürzen. Um neuen Mut zur Selbstständigkeit zu machen, wollen wir Gründer*innen mit **Gründungskapital** von bis zu 25.000 Euro pro Kopf unterstützen.

6. Innenstädte retten, Kultur, Handel und Dienstleistung unterstützen

Zu den Branchen, die besonders gelitten haben, gehören **der stationäre Einzelhandel, Kunst und Kultur** sowie lokale Dienstleistungsbetriebe wie **Friseurgeschäfte, Hotels oder Restaurants**. Wir wollen politisch gegensteuern, damit keine Pleitewelle und in der Folge eine Verödung von Innenstädten und ein Aussterben von Dorfkernen droht. Wir wollen aus der Krise heraus, Innenstädte und Kieze, Dorfkern und Regionen zu Zentren von Begegnung, Erleben und Zusammenhalt machen. Hierfür und um die Nachfrage wieder anzukurbeln, schlagen wir einen Fonds in Höhe von 20 Milliarden Euro vor. Aus diesem Fonds sollen weitere Direkthilfen, Investitionen zur Innenstadtbelebung sowie ein "Kauf-Vor-Ort-Gutschein" in Höhe von 200 Euro pro Person finanziert werden. Der Gutschein soll nur im stationären Handel, für stationäre Dienstleistungen, Kulturangebote oder in der Gastronomie und nur in Geschäften, die vom Shutdown betroffen waren, eingesetzt werden. Damit vor allem Menschen mit geringen und mittleren Einkommen profitieren, werden die Gutscheine auf das zu versteuernde Einkommen angerechnet. Auch hier sind aber transformative Veränderungen notwendig, zum Beispiel durch faire Lieferketten oder bei den Arbeitsbedingungen.

7. Finanzierung

Wir müssen in dieser historischen Ausnahmesituation jetzt tun, was notwendig ist, um die Wirtschaft zu stabilisieren und im nächsten Schritt zukunftsfest wieder aufzubauen. Denn die Kosten des Nichthandelns wären sehr viel höher – ökonomisch, in Form von Pleitewellen, Massenarbeitslosigkeit und immer stärker sinkenden Steuereinnahmen. Sozial, in Form von massiver Spaltung und Armut, und ökologisch, in Form einer eskalierenden Klimakrise. Eine solche Abwärtsspirale gilt es zu verhindern.

Eine **solide Finanz- und Haushaltspolitik** erfordert, bei diesen Programmen Sorgfalt walten zu lassen. Für uns heißt das:

- Keine dauerhaften Branchensubventionen oder pauschale Steuersenkungen. Klare Bedingungen und Kontrolle bei Unternehmenshilfen, die aus Steuergeldern bereitgestellt werden. Ein Großteil der Mittel muss investiv und transformativ wirken. Denn damit erwirtschaften sie doppelt Rendite: Sie vergrößern das volkswirtschaftliche Vermögen und verkleinern die ökologische Verschuldung.
- Eine Kreditfinanzierung mit sehr langen und flexiblen Tilgungszeiträumen sowie eine Reform der Schuldenbremse und des europäischen Stabilitätspaktes, um kreditfinanzierte Investitionen zu ermöglichen.
- Immer wieder hat Deutschland nach besonderen Herausforderungen (Zweiter Weltkrieg, Wiedervereinigung) besondere Formen des Lastenausgleichs gefunden. Zur Bewältigung der Schuldenlasten brauchen wir auch einen solidarischen Ausgleich nach dem Prinzip: Wer starke Schultern hat, kann mehr tragen.

II. GERECHT DURCH DIE KRISE, GERECHT AUS DER KRISE HINAUS

Unser Zukunftspakt schafft soziale Sicherheit und bringt sozialen Ausgleich. Er stärkt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Diese Krise unterscheidet sich von bisherigen. Sie trifft auch viele Menschen, die nie gedacht hätten, öffentliche Unterstützung zu benötigen. Sie vertieft bestehende Ungleichheiten, schafft neue und stellt den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe.

Gerade in Krisenzeiten müssen Menschen darauf vertrauen können, dass das soziale Sicherungsnetz hält. Es geht um eine **doppelte Garantie**: für materielle Unterstützung in der Krise und für die Möglichkeit, selbstbestimmt aus der Krise heraus eine neue berufliche Perspektive aufzubauen. Es geht um mehr, als um materielle Transfers: Der **Sozialstaat** in Deutschland benötigt ein **Update** zu einem **vorsorgenden Sozialstaat**. Mit Institutionen und Strukturen, die Selbstbestimmung und Teilhabe fördern, Hilfe zur Selbsthilfe geben, stärken wir die Widerstandskräfte der Gesellschaft gegenüber der aktuellen Krise und zukünftigen Krisen.

1. Existenzen sichern in der Krise

Wir wollen die Lücken und strukturelle Defizite in den bisher beschlossenen Maßnahmen schnell beheben. Deshalb muss das Kurzarbeitergeld zu einem nach Einkommen gestaffelten **Kurzarbeitergeld Plus** umgestaltet werden, das die Menschen unterstützt, die durch die Kurzarbeit finanziell am härtesten getroffen sind. **Solo-Selbstständige und Kleinunternehmer*innen** sollen aus der bestehenden Förderung mit einem Betrag von bis zu 1.180 Euro auch ihren Lebensunterhalt decken können und zwar über die geltenden drei Monate hinaus.

Nach über zwei Monaten täglichem Spagat zwischen Kinderbetreuung, Job, Homeschooling und Haushalt geht vielen Eltern verständlicherweise langsam die Puste aus. Kinder und Eltern brauchen endlich Planungssicherheit und längerfristige Perspektiven. Das geht nur mit einem echten **Corona-Elterngeld**, das Arbeitszeitreduzierungen für die gesamte Krisenzeit abfedert und Homeoffice nicht mit Kinderbetreuung gleichsetzt. Gleichzeitig muss die Zeit bis zum Start des neuen Kita- und Schuljahres genutzt werden, um verlässliche Konzepte des Präsenz- und Fernunterrichts sowie der eingeschränkten Kitabetreuung zu erarbeiten.

Die Grundsicherung in der Krise stärken. Wir wollen so viele Menschen wie möglich in Arbeit halten. Wer auf Hilfe angewiesen ist, für den braucht es eine echte Grundsicherung. Diese Krise ist mit steigenden Lebensmittelpreisen, geschlossenen Tafeln und bereits vorher zu geringen Regelsätzen für Menschen, die Hartz IV beziehen, besonders hart. Jetzt braucht es einen **temporären Aufschlag auf den Regelsatz** in Höhe von 60 Euro für Kinder und 100 Euro für Erwachsene.

2. Chancengerechtigkeit fördern statt Ungleichheit verstärken

Wer wie stark von der Krise und den ergriffenen Maßnahmen betroffen ist, unterscheidet sich sehr. Niemand soll zurückbleiben, keine Gruppe über die Maßen benachteiligt werden. Darum wollen wir die Stärkung von Chancengerechtigkeit, Selbstbestimmung und Teilhabe sicherstellen, wo öffentliche Mittel eingesetzt werden. Wir schlagen als Anerkennung für Menschen im Gesundheits- und Pflegebereich sowie in der Assistenz für behinderte Menschen eine **Corona-Prämie** vor. Eine Prämie kann nur ein aktuelles Dankeschön sein. Darum wollen wir Menschen in den Pflegeberufen grundsätzlich besser bezahlen.

Angehörige der höchsten Risikogruppe, für die eine Beschäftigung am Arbeitsplatz oder mobiles Arbeiten nicht möglich ist, sollen mit Hilfe eines **Risiko-Attests** mit Lohnersatzleistung oder -fortzahlung von der Arbeit freigestellt werden können.

Die Corona-Krise darf uns bei der Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht um Jahre zurückwerfen. Frauen trifft die Krise dreifach hart: Die meiste Arbeit in den systemrelevanten Branchen wird von Frauen geleistet und es sind meist Frauen, die aufgrund von Teilzeitarbeit oder Minijobs schlecht abgesichert sind oder steuerlich bei Lohnersatzleistungen wie der Kurzarbeit weniger herausbekommen. Es sind vorwiegend die Frauen, die mit der eingeschränkten Öffnung von Schulen und Kitas ihre Jobs zurückfahren und wieder den überwiegenden Anteil des Kümmerns zu Hause übernehmen. Es droht ein Rollback in überwunden geglaubte Rollenbilder.

Ein **Geschlechtergerechtigkeits-Check** soll in Zukunft alle staatlichen Hilfen für Unternehmen, Krisenmaßnahmen und Gesetzesvorschläge einer Kontrolle unterziehen und an die Förderung von mehr Geschlechtergerechtigkeit, zum Beispiel Quoten, koppeln.

3. Gesellschaftliche Widerstandskraft stärken

Für einen neuen Aufbruch aus der Krise schlagen wir vor, die soziale Sicherung um eine Säule zu erweitern, die auf Prävention setzt: mit Institutionen und Strukturen, die Selbstbestimmung und Teilhabe fördern, Hilfe zur Selbsthilfe geben.

Deshalb wollen wir **Sozialunternehmen und soziale Dienste** in der Krise am Leben halten, neu justieren und ausbauen. Gemeinnützige Organisationen sind in Transformationsprozessen und natürlich auch gerade in Krisen enorm wichtig – und selbst akut bedroht. Um sie abzusichern, braucht es eine unbürokratische und praxistaugliche Gewährung von Hilfen: eine Aufstockung auf bis zu 100 Prozent der finanziellen Ausfälle. Auch die Einrichtungen der Beratungs-, Hilfe-, und Gewaltschutzstrukturen, die die negativen Effekte der Krise im Bereich Familie, Alltag oder Arbeitswelt abfedern oder Menschen mit Behinderung zur Seite stehen, brauchen Unterstützung und mehr Ressourcen vor Ort.

Eine Stärkung sozialer Infrastruktur ist für Prävention ganz zentral. Als neuen Baustein der Daseinsvorsorge für die Zukunft brauchen wir **Orte**, an denen man andere trifft, Hilfe zur Selbsthilfe bekommt. Orte, die Begegnungen ermöglichen und Einsamkeit vorbeugen. Das kann das Mehrgenerationenhaus, der Dorfladen oder die Gründer*innenberatung sein. So stärken wir die gesellschaftliche Resilienz und die Abwehrkräfte gegenüber der aktuellen und zukünftigen Krisen.

4. Bildung und Weiterbildung fördern

Bildung und Qualifizierung sind zentral, um gesellschaftliche Teilhabe zu fördern und die Grundlage für einen nachhaltigen und kraftvollen Weg aus den Krisen zu schaffen. Daher braucht es ein massives Investitionsprogramm in digitale Bildungsangebote, einen **Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Weiterbildung**, Qualifizierungskurzarbeitergeld, Weiterbildungs-BAföG, Kostenübernahme für Online-Fortbildungen durch die Bundesagentur für Arbeit, ein digitales Weiterbildungsnetz und die Schaffung von Bildungsagenturen, die diese Weiterbildungsprogramme flankieren können. Konkret sollten alle Beschäftigten, die durch Corona in Arbeitslosigkeit geraten, ein Angebot zur persönlichen Weiterbildungsberatung erhalten und jeder Betrieb, der Kurzarbeit angemeldet hat, ein Beratungsangebot, um passgenaue Qualifizierungsangebote zu entwickeln.

5. Besserer Lohn und bessere Arbeitsbedingungen

Die Krise hat strukturelle Schwächen unseres derzeitigen Arbeitsmarktes und sozialen Sicherungssystems aufgezeigt und zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte geführt. Mit diesem gesellschaftlichen Rückenwind wollen wir die Probleme anpacken, um besser und gerechter aus der Krise herauszukommen. Dazu gehört:

Besserer Lohn und bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in systemrelevanten Branchen, durch die **Gründung von Lohnkommissionen**, um beispielsweise dort, wo keine Tarifverträge vereinbart wurden, branchenspezifische Lohnuntergrenzen festzulegen.

Das deutsche System der Kurzarbeit kommt derzeit Millionen Menschen zu Hilfe. Andere stehen jedoch fast ohne Sicherheit und Schutz da. Wir wollen mehr tun, um **sozialversicherungsfreie Beschäftigungsformen** – wie Minijobs – einzudämmen sowie den Schutz der Sozialversicherungen für kurzfristig Beschäftigte und nicht anderweitig abgesicherte Solo-Selbstständige auszuweiten.

III. EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT UND GLOBALE SOLIDARITÄT

Unser Zukunftspakt stärkt die europäische Zusammenarbeit und globale Solidarität.

Weder die Pandemie selbst, noch ihre ökonomischen Folgen kann ein Staat alleine bewältigen. Deutschland wird sich dieses Mal nicht auf dem Rücken der Weltwirtschaft aus der Krise herausexportieren können. Europäische und globale Solidarität sind deshalb in unserem wohlverstandenen Eigeninteresse.

1. Eine europäische Antwort auf die Corona-Pandemie

Die Antwort auf die Krise muss ein neuer europäischer Aufbruch sein. Dafür braucht es europäische Solidarität als Haltung und eine Ausrichtung am Green Deal – also an Klimaschutz, Innovation und sozialem Zusammenhalt:

- **Regionale Lösungen statt Grenzkontrollen:** Schnellstmögliche Öffnung der Binnengrenzen, Taskforces in jeder Grenzregion, die bei neuen Ausbrüchen regionale Lösung statt erneuter flächendeckender Grenzkontrollen und Einreisebeschränkungen ermöglichen.
- **Eine europäische Pandemiewirtschaft:** Wir wollen die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 dazu nutzen, die europäischen Arzneimittel-Produktionen wieder zu stärken und die Versorgung – insbesondere mit lebensnotwendigen medizinischen Gütern – sicherzustellen.
- **Ein solidarischer Aufbruch aus der Wirtschaftskrise:** Es braucht jetzt schnellstmöglich einen wirksamen Wiederaufbaufonds, der die nötigen fiskalischen Impulse für alle Mitgliedsstaaten setzt. Wir begrüßen deshalb die deutsch-französische Initiative von Angela Merkel und Emmanuel Macron als guten ersten Schritt. Das Europäische Parlament fordert ein Krisenpaket mit einem Volumen von zwei Billionen Euro, dessen Schwerpunkt der Recovery Fund bildet. Er muss im EU-Haushalt verankert und demokratisch kontrolliert sein und soll den Green Deal umsetzen. Für die Finanzierung des Fonds für den Wiederaufbau von Europa brauchen wir einmalige gemeinsame europäische Anleihen. Die Gelder sollen hauptsächlich als Zuschüsse – bei-

spielsweise über EU-Programme – und nicht als Kredite an die von der Krise besonders schwer betroffenen Länder fließen. Um die Ausrichtung an den Pariser Klimazielen sicherzustellen, sollen höhere europäische Klimaschutzziele, wie die EU-Kommission sie vorschlägt, verbindlich beschlossen werden.

2. Globale Zusammenarbeit in der Pandemiebekämpfung

Um das Virus erfolgreich zu bekämpfen, braucht es auch eine global wirksame Antwort auf die Herausforderungen der multiplen Krisen. Wir wollen gezielt internationale Formate nutzen, um als internationale Gemeinschaft den betroffenen Staaten schnell und effizient zu helfen.

- **Gesundheit ist ein Menschenrecht:** Fortschritte bei der Erkennung und Behandlung der Corona-Infektion sowie bei der Entwicklung von Impfstoffen müssen weltweit allen Ländern zugänglich gemacht und bezahlbar zur Verfügung gestellt werden.
- **Für einen globalen Green Deal:** Internationale Koordination von Konjunkturprogrammen, u. a. im Rahmen der G20 mit besonderem Fokus auf den globalen Süden. Konjunktur- und Investitionsprogramme sollen am Pariser Klimaschutzvertrag und den SDG ausgerichtet werden.
- **Globale Solidarität:** Schuldenerlasse sowie Schuldenumwandlungen und Umwidmungen der Tilgungen für Maßnahmen im Gesundheitsbereich und im Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Sonderziehungsrechte durch den Internationalen Währungsfonds. Zwei Milliarden Euro zusätzlich für die Entwicklungszusammenarbeit aus dem Bundeshaushalt.
- **Faire und krisenfeste Lieferketten und eine gerechte, solidarische Globalisierung:** Handelsverträge mit einklagbaren Klauseln zum Schutz von Menschenrechten, Arbeitnehmer*innen, Umwelt und Klima sowie ein Lieferkettengesetz mit menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten für transnational agierende Unternehmen. Unternehmen sollten ihre Lieferketten jetzt nicht nur auf Krisenresilienz und Verlässlichkeit hin überprüfen, sondern auch auf die Einhaltung von Menschenrechten, grundlegenden Arbeitnehmer*innenstandards, Umwelt- und Klimaschutz.